

# Eine kontinuieritätsgebremste Revolution Deutschland an der Wegscheide zwischen Monarchie und Demokratie

Alexander Gallus

## Abstract

Der Beitrag wirft einen Blick auf die Geschichte der deutschen Revolution von 1918/19 und skizziert Etappen und Formen des Übergangs zwischen Kaiserreich und Republik. Er geht der Frage nach, ob die Revolution unausweichlich war, oder ob die Monarchie, nach Absetzung Kaiser Wilhelms II. und demokratisch-parlamentarisch reformiert, nicht hätte erhalten werden können. Der Aufsatz erörtert aber ebenso neue politisch-gesellschaftliche, bald durch den Einsatz von Gewalt immer schärfer gezogene Konfliktlinien, die den alten Gegensatz zwischen Monarchisten und Republikanern rasch in den Hintergrund rücken und eine *Renovatio imperii* immer unwahrscheinlicher erscheinen ließen. Am Ende steht die Bilanz einer kontinuieritätsgebremsten Revolution, die das Erbe des Kaiserreichs in seiner ambivalenten Modernität in die Weimarer Republik hineintrug, ohne dass der Monarchismus als politische Bewegung eine tonangebende Rolle spielen sollte.

## Einleitung

Der Revolution von 1918/19 wird im Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung vom März 2018 unter der Rubrik »Gedenken und Erinnern« kein exklusiver erinnerungspolitischer Rang zugestanden.<sup>1</sup> Auch das Deutsche Historische Museum verzichtet auf eine Sonderausstellung den Umbrüchen und ihren Akteuren zu Ehren. Und doch sind seit einiger Zeit deutliche Anzeichen für ein stetig zunehmendes Interesse an jener Periode des Wandels am Ende des Ersten Weltkriegs zu erkennen. Unter den Geschichtsschreibern findet die Demokratie als ganz unterschiedlich umworbene Leitidee während der Zwischenkriegszeit gesteigerte Aufmerksamkeit wie auch die Gewaltgeschichte des sogenannten »Nachkriegs« und die Herausforderungen autoritärer Kehren während der zwanziger und dreißiger Jahre.<sup>2</sup>

Aufmerksamkeitsökonomisch kündigt sich seit einer Weile mit Blick auf die Novemberrevolution also so etwas wie eine Trendwende an. Aus ihrem Dornröschenschlaf ist die Revolutionsforschung jedoch erst vor kurzem erwacht. Der Forschungsstand präsentierte sich während der vergangenen Jahrzehnte als festgefahren, die öffentliche Würdigung als defizitär.<sup>3</sup> Überhaupt hält die 1918er-Revolution gelegentlich als Beleg dafür her, dass den Deutschen Revolutionen grundsätzlich nicht liegen und sie ihnen stets misslingen würden. Fünfzig Jahre nach der Novemberrevolution schrieb Joachim C. Fest 1968, damals noch im »Spiegel«: »Das deutsche Gedächtnis kennt weder geköpfte Könige noch erschlagene Gauleiter, keine Straßenschlachten, keinen Bastillesturm oder siegreich durchgegangenen Verfassungskonflikt. Eher geniert bewahrt es die Erinnerung an einige halbherzige Erhebungen und einen selbstquälerisch wankelmütigen Widerstand, alles in Jammer und Bitternis endend.«<sup>4</sup>

- 1 Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, 12. März 2018, 167 f.; URL: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/847984/5/b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1> [Zugriff am 30. November 2018].
- 2 Siehe etwa Robert Gerwarth: Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs, München 2017; Tim B. Müller / Adam Tooze (Hg.): Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2015.
- 3 Vgl. Alexander Gallus (Hg.): Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010; Alexander Gallus: Auf dem Weg zur Reaktualisierung durch Historisierung. Die vergessene Revolution von 1918/19 revisited, in: Andreas Braune / Michael Dreyer (Hg.): Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert, Stuttgart 2016, 9–22.
- 4 Joachim Fest: »Es gibt hier nichts zu schießen...!« Die Deutschen und die Revolution, in: Der Spiegel vom 4. November 1968, 84.

Das Hundertjahres-Jubiläum lässt indes nicht mehr viel von diesem selbstquälerischen Wankelmut erkennen.<sup>5</sup> Es scheint die Geschichtsschreiber vielmehr dazu zu drängen, eindeutige Erzählungen vorzulegen und die Geschichte gleichsam zu »streamlinen«. Gesamtdarstellungen neueren Datums – »Am Anfang war Gewalt« oder »Der wahre Beginn unserer Demokratie« – bedienen, wenigstens auf den ersten Blick und dem Titel nach, diesen Wunsch.<sup>6</sup> Ungeachtet solcher Leitformeln ist es kein leichtes Unterfangen, die historische Situation von ihrer Ambivalenz zu befreien. Schließlich bleibt die Revolution von 1918/19 ein vertracktes Gebilde, weder passend als Musterbeispiel in der deutschen Demokratiegeschichte noch eindeutig zur Abschreckung dienend. Sie präsentiert sich mehrdeutig, als eine Melange aus Altem und Neuem, aus Leistungen und Versäumnissen, deren jeweilige Interpretation regelmäßig für Streit sorgte. Die Novemberrevolution ist insofern hervorragend geeignet, um an ihrem Beispiel unterschiedliche Demokratiekonzepte und politische Ordnungsvorstellungen zu studieren und einiges über Hoffnungen und Ängste einer Gesellschaft zu lernen, die sich mitten in der Krise befand, deren Ausgang sie nicht kannte. In diesem Zusammenhang ist im Übrigen nicht zuletzt jüngst wieder die Frage aufgeworfen worden, ob es im Herbst 1918 die Möglichkeit alternativer Geschichtsverläufe – konkret auch: hin zu einer parlamentarischen Monarchie – gab.<sup>7</sup>

Im Folgenden will ich u. a. diese Frage aufgreifen, zugleich aber auch nochmals eine knappe Bilanz des langen Novembers der Revolution liefern.<sup>8</sup> Die Formel des langen November fasst meines Erachtens gut den Kernmonat der Revolution ein, vermeidet aber zugleich eine zeitliche Engführung. Diese Weiterung ist umso nötiger, wenn man Vorbedingungen, aber auch Auswirkungen der Revolution mit in Betracht zieht. Ich beginne knapp mit der Krise des Kaiserreichs in den letzten Kriegsjahren, bevor ich der Frage nachgehe, ob die Monarchie durch grundlegende Reformen hätte erhalten

- 5 Der »Spiegel« schloss indes gleichsam an die Deutungstradition wie vor fünfzig Jahren an und diagnostizierte für die Deutschen eine ausgeprägte Revolutionsaversion. So ist die Titelgeschichte vom 13. Oktober 2018 dem Thema »Revolution. Warum die Deutschen so oft scheitern« gewidmet.
- 6 Mark Jones: *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, Berlin 2017; Wolfgang Niess: *Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie*, Berlin u. a. 2017.
- 7 Siehe ebenso exemplarisch wie verdichtet: Lothar Machtan / Peter Brandt: *Zu den Überlebenschancen der Monarchie im Herbst 1918. Zwei kontroverse Positionen*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 63 (2015), 262-272.
- 8 In diesen Passagen stützt sich mein Text zum Teil auf: Alexander Gallus: *Die deutsche Revolution 1918/19*; URL: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/weimarer-republik/275865/revolutionen> [Zugriff am 30. November 2018]. Siehe unter den neueren Gesamtdarstellungen zur Revolution neben Jones und Niess (wie Anm. 6): Robert Gerwarth: *Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit*, München 2018, 27; Lars-Broder Keil / Sven Felix Kellerhoff: *Lob der Revolution. Die Geburt der deutschen Demokratie*, Darmstadt 2018; Joachim Käppner: *1918 – Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen*, München 2017.

und die Revolution vermieden werden können. In einem nächsten Schritt gilt es, neue Konfliktlinien – weg vom Spannungsfeld Monarchie versus Republik – zu skizzieren, bevor ich einige abschließende Überlegungen zur Frage nach der Kontinuität zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik anstellen werde.

## Krise des Kaiserreichs im Krieg

Die bei Ende des Ersten Weltkrieges durch konservative Militärs in die Welt gesetzte »Dolchstoßthese«, der zufolge die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg wesentlich durch eine unzuverlässige und revoltierende »Heimatfront« herbeigeführt worden sei, war von Anfang an bewusst eingesetzte Propaganda. Bei Lichte betrachtet waren die deutschen Truppen mit anhaltender Kriegsdauer den materiellen und personellen Ressourcen der Entente-Mächte unterlegen. So wenig also die deutsche Revolution von 1918/19 die Niederlage verursacht hatte, so war sie doch untrennbar mit dem Krieg verbunden: Sie zielte zunächst auf Frieden, eine bessere Ernährungslage und die Abschaffung autoritärer Befehlsstrukturen. Ab dem Jahr 1916 kündigten Hungerrevolten, die im Januar 1918 bei Massenprotesten ihren Höhepunkt erreichten, eine Systemkrise der monarchischen Ordnung an. Die Enttäuschung und Frustration gegenüber den Repräsentanten des Kaiserreichs waren Ende September 1918 umso größer, als die Oberste Heeresleitung – nach dem Friedensschluss von Brest-Litowsk mit Sowjetrußland – mit der Westoffensive im Sommer 1918 nochmals die Siegeserwartungen innerhalb der Gesellschaft genährt hatte. Vor diesem Hintergrund war der Schock der Niederlage besonders groß.

Vom gemeinschaftsstiftenden nationalen Aufbruch des Jahres 1914 war vier Jahre später im deutlichen Angesicht der Niederlage ab dem Spätsommer 1918 kaum noch etwas zu spüren. Der Druck auf den Monarchen und die im Verlauf des Krieges zunehmend dominante Militärführung Paul von Hindenburgs und Erich Ludendorffs wuchs nicht nur von innen angesichts offen ausbrechender sozialer Spannungen und neuer Partizipationsansprüche, sondern auch von außen. Insbesondere US-Präsident Woodrow Wilson war nicht länger bereit, mit einem autokratischen Herrscher und autoritären Militärs über Waffenstillstand und Frieden zu verhandeln. Er verlangte eine demokratisch legitimierte Regierung als Gegenüber.<sup>9</sup>

9 Vgl. zum Kontext Manfred Berg: *Woodrow Wilson. Amerika und die Neuordnung der Welt*, München 2017; Erez Manela: *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford 2007.

## Reform statt Revolution – möglicher Erhalt der Monarchie?

Anfang Oktober 1918 kam es zur Umbildung der Reichsregierung, die nun vom liberal gestimmten, gleichwohl dem monarchischen Prinzip verhafteten Prinz Max von Baden angeführt wurde<sup>10</sup> und an der die Mehrheitsfraktionen des Deutschen Reichstags (die liberale Fortschrittliche Volkspartei, das katholische Zentrum und nicht zuletzt die SPD) mitwirkten. Diese Mehrheitsfraktionen hatten sich bereits ab Juli 1917 in einem Interfraktionellen Ausschuss zusammengefunden und ihre Politik koordiniert. Für einiges Aufsehen sorgte die »Friedensresolution« für einen Verständigungsfrieden, die der Ausschuss entworfen hatte und die vom Reichstag am 19. Juli 1917 mehrheitlich befürwortet wurde.

Dies waren klare Anzeichen für einen Parlamentarismus, der stetig weiter Einfluss einforderte und hinzugewann. Am 28. Oktober wurde mit den sog. Oktoberreformen schließlich eine Verfassungsrevision vollzogen, die einen politischen Systemwechsel von der konstitutionellen hin zu einer parlamentarischen Monarchie markierte und die in der Tradition einer während des Kaiserreichs schrittweisen evolutionären Modernisierung stand. So grundlegend dieser Wandel der Staatsform sich nämlich ausnahm, erfolgte er doch im Rahmen der geltenden Verfassungsordnung. Er war daher in staatsrechtlicher Hinsicht keine Revolution.<sup>11</sup> Ein Bruch mit der Staats- und Rechtsordnung des Kaiserreichs blieb aus. Gleichwohl wurde die Stellung des Monarchen darin stark abgewandelt. Der Kaiser blieb zwar das Staatsoberhaupt, er verlor aber viel von seiner machtvollen Position: Fortan konnte nicht mehr er, sondern nur noch der Reichstag Reichskanzler und Regierung entlassen.

In den Augen der ebenso erschöpften wie erbosten Arbeiter und Soldaten vermittelte dieser Schritt, ein legaler Verfassungswandel in Papierform, jedoch keine Durch- und Aufbruchsstimmung. So gelang es durch diese Verfassungsreformen nicht, eine revolutionäre Massenbewegung von unten zu verhindern, die damals weder im Interesse der alten Eliten des Kaiserreichs noch der staats-, ordnungs- und reformorientierten Sozialdemokratie unter Friedrich Eberts und Philipp Scheidemanns Führung lag. Ebert und Scheidemann drängten keineswegs auf die Beseitigung der monarchischen Staatsform. Noch am 31. Oktober 1918 äußerte Ebert in kleinem Kreise: »Ich bin dafür, dass die deutsche Monarchie bestehen bleibt. Deutschland ist nicht reif für eine

10 Siehe nun umfassend: Lothar Machtan: Der Endzeitkanzler. Prinz Max von Baden und das Ende des Kaiserreichs, Neuausg., Darmstadt 2018.

11 Siehe die rechtshistorische Würdigung von Horst Dreier: Die deutsche Revolution 1918/19 als Festtag der Nation? Von der (Un-)Möglichkeit eines republikanischen Feiertages in der Weimarer Republik, in: Ders.: Staatsrecht in Demokratie und Diktatur. Studien zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus, hg. von Matthias Jestaedt und Stanley L. Paulson, Tübingen 2016, 1-48.

Republik, und wir Sozialdemokraten, die dies wissen, fürchten den Augenblick, da die Masse, die Straße, unter dem Einfluss der Unabhängigen die Durchführung unsres Parteiprogramms von uns verlangt und eine Republik fordert. Aber damit wir die Monarchie erhalten und eine Republik vermeiden können, muss der jetzige Monarch zurücktreten [...]. [...] Die Firma aber kann und muss erhalten werden. [...] Der jetzige Monarch muss abdanken, um die Monarchie selbst zu retten.«<sup>12</sup>

Wie wir wissen, kam es anders und musste die gesamte »Firma« wenige Tage, nachdem Ebert dies formuliert hatte, Bankrott anmelden. Ein militärischer Befehl zum Auslaufen der Flotte zu einer letzten, selbstmörderischen Schlacht in die Nordsee gegen die Royal Navy war der Funke ins Pulverfass, der zum Ausbruch der alles andere als im Voraus geplanten Revolution als einer von Soldaten und Arbeitern getragenen Massenbewegung »von unten« führte. Sie wollten diesen selbstmörderischen Akt, der wesentlich durch althergebrachte Ehrvorstellungen der Seekriegsleitung (die einer »Apokalypse als Enttäuschungsverarbeitung« glichen) motiviert war, nicht vollziehen.<sup>13</sup> Es kam zu Befehlsverweigerungen von Matrosen auf den Kriegsschiffen der in Wilhelmshaven konzentrierten deutschen Hochseeflotte. Als diese daraufhin auseinandergezogen wurde, gelangte der Protest der Matrosen nach Kiel und verband sich dort mit einer streikbereiten Arbeiterschaft. Die Revolution begann somit als Matrosenaufstand und Militärstreik und verlief doch anfangs fast unblutig, was angesichts des Ausgangspunkts von diesen bewaffneten Kräften her erstaunlich ist. Die wenigen tödlichen Auseinandersetzungen zwischen Mannschaften und Offizieren Anfang November 1918 in Kiel führten nicht zu einer Eskalation der Gewalt.<sup>14</sup> Das Entfernen von Rangabzeichen und Kokarden, das Schwenken roter Tücher und das Hissen roter Fahnen genügten den Aufständischen, um so das Ende alter Befehlsstrukturen und den lange herbeigesehnten Frieden zu demonstrieren.

Manche dieser Symbole wie auch die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten deuteten in östliche Richtung und folgten – der äußeren Form nach – dem groben Muster der russischen Revolution des Vorjahres. Der Wunsch nach Übernahme einer bolschewistischen Ordnung war damit in den allermeisten Fällen nicht verbunden. Räte zu gründen schien einer allgemeinen Mode zu entsprechen. Mit spöttischem Unterton notierte der Heidelberger Mediävist Karl Hampe am 14. November 1918 in seinem Tagebuch: »Man überbietet sich allenthalben in Gründungen von allen möglichen Räten: Bauernräte, Bürgerräte, geistige Räte, Kunsträte, Theaterräte. Die

12 Zitiert nach Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006, 98.

13 Sebastian Rojek: Versunkene Hoffnungen. Die Deutsche Marine im Umgang mit Erwartungen und Enttäuschungen 1871-1930, Berlin/Boston 2017, 220.

14 Zur Kieler Entwicklung nun maßgeblich: Martin Rackwitz: Kiel 1918. Revolution – Aufbruch zu Demokratie und Republik, Kiel/Hamburg 2018.

deutsche Vereinsmeierei ist in die Arme der Revolution geflüchtet!«<sup>15</sup> Der Großteil der Räte, die sich als ordnungsstiftende Organe einer Übergangszeit verstanden, sympathisierte indes mit der Sozialdemokratie.

In den Folgetagen breitete sich der Aufstand durch reisende Matrosen und Mundpropaganda von der Küste in weitere Teile des Landes aus.<sup>16</sup> Ein Fürstentum nach dem anderen fiel wie ein Kartenhaus in sich zusammen, ganz ohne Gegenwehr, ohne royalistischen Widerstand zum Erhalt der Monarchie.<sup>17</sup> Noch Anfang November 1918 befasste sich Wilhelm II. allerdings mit einem »Planspiel Bürgerkrieg«, wie es Lothar Machtan treffend genannt hat.<sup>18</sup> Er glaubte für eine kurze Zeit, mit Hilfe der von der Westfront abgezogenen Truppen einen bewaffneten Kampf im Innern des Reiches zur Aufrechterhaltung seiner Monarchie führen zu können. Zornig äußerte er: »Ich marschiere nach Berlin und schieße nötigenfalls mein eigenes Schloss zusammen; alle Verräter einschließlich der Minister werden aufgehängt.«<sup>19</sup> Es war schließlich den zuständigen Militärs zu verdanken, dieses »Planspiel« des Kaisers nicht umzusetzen und seine Befehlsgewalt letztlich zu unterlaufen.

Ebenso wenig ging im übrigen Wilhelms Plan auf, der ihn bis zum 9. November umtrieb, nämlich als Kaiser zurückzutreten, nicht aber als König von Preußen. Dies war wenig durchdacht und widersprach der Bismarck'schen Reichsverfassung, deren elftem Artikel zufolge der König von Preußen zugleich Deutscher Kaiser ist. Im Hauptquartier in Spa haben ernsthafte Beratungen über eine entsprechende Abänderung der Verfassungsordnung nach allem, was wir darüber wissen, indes nicht stattgefunden. Mit solch fixen, ja aberwitzigen Ideen trug Wilhelm am Ende nochmals kräftig zu seiner »Selbstentkrönung« bei.<sup>20</sup> Die »Kunst des rechtzeitigen Thronverzichts«, wie es Wolfram Pyta einmal nannte, beherrschte Wilhelm II. jedenfalls nicht.<sup>21</sup> Ab Mitte Oktober 1918 wunderte sich selbst eine so wohlwollende Beobachterin wie Fürstin Evelyn Blücher von Wahlstatt, wie sehr sich der Kaiser, so heißt es bei ihr, an

15 Karl Hampe: Kriegstagebuch 1914-1919, hg. von Folker Reichert und Eike Wolgast, 2. Aufl., München 2007, 780.

16 Vgl. Sonja Kinzler / Jens Buttgereit: »Sturmvögel der Revolution«. Zur Verbreitung der Revolution durch (Kieler) Matrosen, in: Sonja Kinzler / Doris Tillmann (Hg.): Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018, 140-149.

17 Maßgeblich dazu: Lothar Machtan: Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen, Berlin 2008.

18 Machtan: Abdankung (wie Anm. 17), 269.

19 Zitiert nach Lothar Machtan: Kaisersturz. Vom Scheitern im Herzen der Macht, Darmstadt 2018, 105.

20 Machtan: Abdankung (wie Anm. 17), 272.

21 Wolfram Pyta: Die Kunst des rechtzeitigen Thronverzichts. Neue Einsichten zur Überlebenschance der parlamentarischen Monarchie in Deutschland im Herbst 1918, in: Patrick Merziger / Rudolf Stöber / Esther-Beate Körber / Jürgen Michael Schulz (Hg.): Geschichte, Öffentlichkeit, Kommunikation. Festschrift für Bernd Sösemann zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2010, 363-381.

»seinen Schattenthron« klammerte.<sup>22</sup> Durch dieses Verhalten sollte er auch Chancen auf ein Überleben einer transformierten Monarchie als parlamentarisch strukturiertes Regierungssystem vergeben, wie sie nach Auffassung einiger Autoren zumindest bis in den Frühherbst 1918 hinein noch bestanden haben.

Eine solche Transformation hätte nur gegen, nicht mit Wilhelm II. funktioniert. Denn der nach Spa geflohene Kaiser übte sich in vollständiger Verweigerung. Über den Erhalt des Staatswesens unabhängig von der eigenen Person nachzudenken, diese Fähigkeit besaß er nicht. Hätte aber nicht Max von Baden – unterstützt von den süd-deutschen Bundesfürsten wie von seinem badischen Landsmann Friedrich Ebert – als Reichsverweser fungieren und so einer der preußischen Präsidialmacht entwundene Monarchie retten und erneuern können? Am Ende scheiterte schon der Versuch an der Unentschlossenheit, persönlichen Animositäten, duckmäuserischem Verhalten und mangelnder politischer Urteilskraft der Bundesfürsten. Menschliches Versagen und das schwach ausgeprägte politische Machtbewusstsein des Prinzen Max waren nach Lothar Machtans Lesart wesentliche Gründe dafür, dass die Umwandlung der Monarchie in eine gleichsam demokratische Institution scheiterte.<sup>23</sup>

Die Tatsache, dass während der ersten Revolutionszeit kaum Blut floss, ist indirekt ein weiteres Indiz dafür, dass solchen kontrafaktischen Überlegungen eine gewisse Plausibilität nicht abzuspüren ist. Dieser anfangs so friedfertigen Revolution wohnte – wie schon der Politikwissenschaftler Thomas Ellwein vor vielen Jahrzehnten bemerkte – eine »gewisse Liebenswürdigkeit« inne: »In den meisten deutschen Ländern«, hieß es bei ihm leicht süffisant, »bemühte man sich sehr, die Gebote der Höflichkeit zu achten, Fürsten und Revolutionäre verkehrten in einer gewissen Resignation miteinander und in manchen Fällen sprachen die neuen Machthaber den abgedankten Monarchen ihren Dank aus.«<sup>24</sup> Wenn es zu Gewalt kam, dann eher zu einer angedrohten statt zu einer tatsächlichen. Die Abdankungen kennzeichnete sowohl auf Seiten der Revolutionäre als auch der Fürsten mithin ein überwiegend »kooperatives Verhalten«, wie es Helmut Neuhaus einmal diagnostiziert hat.<sup>25</sup> Beide Seiten – die revolutionäre zumindest so, wie sie durch die Ebert'sche Sozialdemokratie vertreten wurde – seien demnach an einer »möglichst konfliktfreien Beibehaltung der bisherigen staatlichen Ordnung«, nun aber »ohne monarchische Spitze«, interessiert gewesen.<sup>26</sup> In einer Reihe von Abdankungsdokumenten wurden zusammen mit dem Thronverzicht die Beamten und Offiziere von ihrem entsprechenden Treueeid entbunden. So geschah es

22 Evelyn Blücher von Wahlstatt: Tagebuch. Mit einem Vorwort von Gebhart Fürst Blücher von Wahlstatt, München 1924, 274.

23 Siehe dazu die verschiedenen genannten Schriften Lothar Machtans (wie Anm. 10, 17 und 19).

24 Thomas Ellwein: Das Erbe der deutschen Monarchie in der deutschen Staatskrise. Zur Geschichte des Verfassungsstaates in Deutschland, München 1954, 7.

25 Helmut Neuhaus: Das Ende der Monarchien in Deutschland 1918, in: Historisches Jahrbuch, 111 (1991), 102136, hier: 124.

26 Ebd.

auch in Wilhelms Falle. Er ermunterte in seinem Thronverzicht vom 28. November 1918 die entpflichteten Beamten, Offiziere und Soldaten, »bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland [zu] helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen«. <sup>27</sup>

Manch einem Beobachter unter den revolutionären Arbeitern behagte diese Gutmütigkeit nicht, einem erschienen die Novemberereignisse im Rückblick als »fast unblutig, vielleicht zu unblutig«. <sup>28</sup> Mancher Kommentator begrüßte dagegen den unblutigen Charakter, der vielen älteren Revolutionen auch gut angestanden hätte. Theodor Wolff beispielsweise lobte in seinem immer wieder zitierten Artikel über den »Erfolg der Revolution«, erschienen am 10. November in der Morgenausgabe des »Berliner Tageblatts«, nicht nur den Elan und die elementare Wucht der Ereignisse im geschichtsträchtigen Herbst 1918, sondern auch ihren maßvollen und geordneten Charakter, der dieser Revolution erst ihren historischen Rang zuwies, ja sie sogar, wie Wolff schrieb, zur »größten aller Revolutionen« machte. <sup>29</sup>

Friedrich Ebert, der ab dem 9. November hauptsächlich die Geschicke des Landes verantwortete, war Wolffs Lob gewiss: Schließlich wisse der neue Reichskanzler, wie sehr »eine Revolution, die fleckenlos dastehen will, dem besieigten Gegner mit Schonung und Menschlichkeit zu begegnen hat«. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt betonte der baldige Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), wie wichtig es sei, Vertreter des Bürgertums in den Wandlungsprozess einzubinden. Auch wenn die sich überschlagenden Revolutionstage kein »Schauspiel für Nervenschwache« darboten, war Wolff doch von einem strukturierten, friedlichen und respektvollen Übergang von der alten in die neue Zeit überzeugt. Statt sie zu zerschlagen, seien die Symbole der alten Herrschaft auszuwechseln: »Ein reifes, verständiges Volk schafft sie, ohne etwas zu zerbrechen, fort.« <sup>30</sup>

27 Die Abdankungsurkunde Kaiser Wilhelms II., 28.11.1918, in: Gerhard A. Ritter / Susanne Miller (Hg.): Die deutsche Revolution 1918/1919. Dokumente, Neuausg., Frankfurt a. M. 1983, 393.

28 So Alfons Schmollins: Über die Novemberrevolution in Kiel 1917-1918 [Aufzeichnungen aus dem Jahr 1958], in: BArch SgY 30/0830, Bl. 9. Ähnlich auch Toni Sender: Autobiographie einer deutschen Rebellin, hg. von Gisela Brinker-Gabler, Frankfurt a. M. 1981 (englisches Original: New York 1939), 144: Sie stellte dort die rhetorisch anmutende Frage: »Ist die Novemberrevolution zu human gewesen?«

29 Theodor Wolff: Der Erfolg der Revolution, in: Berliner Tageblatt vom 10. November 1918, abgedruckt in: Theodor Wolff: Tagebücher 1914-1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in den Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am »Berliner Tageblatt« und Mitbegründers der »Deutschen Demokratischen Partei«. Erster Teil, eingel. und hg. von Bernd Sösemann, Boppard a. Rh. 1984, 814.

30 Wolff: Der Erfolg der Revolution (wie Anm. 29), 816.

## Neue Konfliktlinien, politische Grundentscheidungen und Gewalt

Am 9. November schließlich ergriff die Revolution bekanntlich Besitz von Berlin. Die revolutionäre Dynamik war dabei so spontan und rasant, dass die Planungen selbst mancher revolutionärer Akteure mit diesem Tempo nicht Schritt halten konnten. Die führende Sozialdemokratie strebte nach Kontrolle und politischer Führung. Um die Stimmung der aufgebrachtten Massen zu beruhigen, forderte sie ultimativ die Abdankung Kaiser Wilhelms II., in dessen Person sich alle Empörung zu verdichten schien. Am geschichtsträchtigen 9. November 1918 erklärte Prinz Max von Baden – ohne die Autorisierung des Kaisers – öffentlich dessen Abdankung. Außerdem legte der Regierungschef aus dem Hause Baden an jenem Tag seine Reichskanzlerschaft in die Hände des SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert. Allein dieser Akt der Übertragung war in staatsrechtlicher Hinsicht revolutionär, spielte er sich doch außerhalb der geltenden Verfassungsordnung ab. Am Nachmittag des 9. November proklamierte Scheidemann als wortmächtiges Regierungsmitglied von einem Balkon des Reichstagsgebäudes aus die Republik. So sehr diese Szene erst Jahre später geschichtspolitisch aufbereitet und überhöht wurde,<sup>31</sup> brachte sie doch symbolisch den Führungsanspruch der Sozialdemokratie im weiteren Verlauf der Revolution zum Ausdruck; einer Revolution, die in den Augen der Parteispitze mit der Einführung einer republikanischen Ordnung im Grunde bereits ihr Ziel erreicht hatte. Dabei ist auch dies zu präzisieren. Denn mindestens Ebert wäre nach wie vor mit der Etablierung einer parlamentarischen Monarchie einverstanden gewesen. Die Entscheidung über die Staatsform sollte erst die neu zu wählende Nationalversammlung fällen. Deshalb war Ebert über Scheidemanns Vorgehensweise einer solchen, politisch noch zu legitimierenden Antwort in dieser Frage erzürnt.<sup>32</sup>

Doch zu diesem Zeitpunkt ging es schon nicht mehr um den Widerstreit zwischen alter und neuer Ordnung, zwischen Monarchie und Republik: Die radikale Gegenposition zu dieser Republik-Proklamation tat wenige Stunden nach Scheidemann der »Spartakist« Karl Liebknecht in einer Rede vor dem Berliner Stadtschloss kund, als er die »freie sozialistische Republik Deutschland« als Zwischenschritt auf

31 Siehe dazu neuerdings den Streit zwischen Lothar Machtan und Heinrich August Winkler: Lothar Machtan: Und nun geht nach Hause. Am 9. November 1918, heißt es, rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die Republik aus. Tat er das wirklich? Zur Entstehung einer zählebigen Legende, in: Die Zeit vom 5. April 1918, unter: <https://www.zeit.de/2018/15/philipp-scheidemann-sozialdemokrat-republik-ausrufung-1918>, [Zugriff am 1. Dezember 2018]; Heinrich August Winkler: Doch so war es! 9. November 1918: Die Ausrufung der Republik ist keine Legende, in: Die Zeit vom 26. April 2018, unter: <https://www.zeit.de/2018/18/1918-novemberrevolution-weimarer-republik-ausruf> [Zugriff am 1. Dezember 2018].

32 Dazu Mühlhausen: Ebert (wie Anm. 12), 107 f.

dem Weg zur Weltrevolution ausrief. Hier wurde eine neue Achse für fortdauernde Machtkämpfe offensichtlich.<sup>33</sup>

Die innerlinken Spannungen waren schon von Anfang der Republik an groß. Zunächst aber taten sich Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) und Unabhängige zusammen und bildeten am 10. November Regierungsorgane der Revolution: neben dem Vollzugsrat an vorderster Stelle den Rat der Volksbeauftragten, quasi als Exekutive und zugleich zur Beaufsichtigung der durch Staatssekretäre verwalteten Ministerressorts der Reichsregierung. Letztere signalisierten im Übrigen ein Kontinuitätsmoment zwischen Kaiserreich und Republik.

Der Rat brachte schon am 12. November eine Reihe von politischen und sozialen Reformen auf den Weg, die in einem Aufruf »An das deutsche Volk!« – für Dittmann die »Magna Charta der Revolution« – verkündet wurden.<sup>34</sup> Dazu zählten die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Aufhebung der Zensur ebenso wie der Gesindeordnung und die Einführung des Wahlrechts für Männer und erstmals auch für Frauen ab dem 20. Lebensjahr.<sup>35</sup> Wenige Tage darauf schrieb das zwischen Gewerkschafts- und Industrievertretern geschlossene Stinnes-Legien-Abkommen den Achtstundentag, die Bildung von Arbeiterausschüssen und den Gedanken der Sozialpartnerschaft fest.

Die Frage, wie und wo weitere Grundentscheidungen der politisch-sozialen Transformation getroffen werden sollten, sorgte für Streit. Die federführenden Sozialdemokraten unter Eberts Ägide favorisierten die Bildung einer demokratisch gewählten Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Andere Vertreter der Arbeiterbewegung wollten eine Verstetigung und Ausweitung des Räteprinzips. Bekanntlich setzten sich die Mehrheitssozialdemokraten durch und fand die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 statt.

Bei diesen Wahlen, an denen erstmals in der deutschen Geschichte Frauen wählen und gewählt werden durften, errang die MSPD 37,9 Prozent der Stimmen vor dem Zentrum mit 19,7 und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) mit 18,5 Prozent. Mit einer Dreiviertelmehrheit begründeten diese drei Parteien die sogenannte Weimarer Koalition. Diese Art der Regierungsbildung unterstrich ebenso wie das bald in Kraft tretende neue Verfassungswerk den Grundcharakter der Republikgründung:

33 Vgl. etwa Uli Schöler / Thilo Scholle (Hg.): *Weltkrieg, Spaltung, Revolution. Sozialdemokratie 1916-1922*, Bonn 2018; Walter Mühlhausen: *Zwischen Erwartungen und Zwangslagen. Sozialdemokratie und radikale Linke in der Revolution*, in: Andreas Braune / Michael Dreyer (Hg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch? Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019, 49-67; auch Axel Weipert: *Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920*, Berlin 2015.

34 Wilhelm Dittmann: *Erinnerungen*. Bearb. und eingeleitet von Jürgen Rojahn, Frankfurt a. M./New York 1995, Bd. 2, 571.

35 Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918, in: Ritter / Miller (Hg.): *Deutsche Revolution (wie Anm. 27)*, 103 f.

als Basiskonsens zwischen gemäßigt-sozialdemokratischen und liberal-bürgerlichen Kräften.

Schon im Dezember 1918 und verstärkt ab Januar 1919 zeigte sich indes deutlich, wie groß die Konflikte innerhalb des linken politischen Milieus waren. Das von Anfang an wenig herzliche, aber für einige Zeit funktionstüchtige Bündnis aus MSPD und USPD zerbrach nach den »Weihnachtskämpfen« des Jahreswechsels 1918/19. Die USPD jedenfalls nahm die Weihnachtsunruhen zum Anlass, um das Regierungsbündnis aufzukündigen. Differenzen über die Durchsetzung einer Militärreform, über Sozialisierungsmaßnahmen und über die Einführung von Rätestrukturen erwiesen sich als unüberbrückbar.

Nach dem – gerade im Schatten eines mörderischen Kriegs – nahezu gewaltfreien November und auch Dezember der Revolution, begann das Jahr 1919 blutig.<sup>36</sup> Auch ein Verbalradikalismus heizte die ideologischen Gegensätze auf und beförderte Straßenkämpfe zwischen dem 5. und 12. Januar in Berlin (bekannt als „Spartakusaufstand“). Die Ermordung Luxemburgs<sup>37</sup> und Liebknechts am 15. Januar durch Angehörige der Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter der Leitung Hauptmann Waldemar Pabsts<sup>38</sup> wurde schon zeitgenössisch als eine Zäsur wahrgenommen und galt schnell als Sinnbild für den Ausbruch eines brutalen Gewaltniveaus, das fortan zu dieser bis dahin besonnenen Revolution zählen sollte. Hier kündigte sich auch die Formierung einer neuen völkischen Rechten an, der es nicht so sehr um Restitution der Monarchie und eine *Renovatio imperii* ging, sondern um die konservativ-revolutionäre Wiedererweckung Deutschlands unter einer neuen autoritären, radikal-nationalistischen Führung.<sup>39</sup> Insbesondere die Kaiserflucht, das hat Stephan Malinowski vor einigen Jahren genau herausgearbeitet, beförderte eine Abkehr des Adels und konservativer Eliten vom Gedanken einer Restauration der Monarchie. Adolf Hitler nutzte diese Episode im Übrigen für seine Zwecke: In »Mein Kampf« strich er die »jämmerliche Haltung« der Fürsten im November 1918 heraus, um so die alten Autoritäten zu diskreditieren.<sup>40</sup>

36 Vgl. nun grundlegend Jones: Gewalt (wie Anm. 6).

37 Siehe neuerdings Ernst Piper: Rosa Luxemburg. Ein Leben, München 2018, zur Ermordung insbes. 655 ff.

38 Vgl. Klaus Gietinger: Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst. Eine deutsche Karriere, Hamburg 2009.

39 Vgl. Gerwarth: Die Besiegten (wie Anm. 2), insbes. 199-217; Manfred Wichmann: Die Konzeption einer „Weißen Internationale“ bei Waldemar Pabst, in: Daniel Schmidt / *Michael Sturm* / Massimiliano Livi (Hg.): Wegbereiter des Nationalsozialismus. Personen, Organisationen und Netzwerke der extremen Rechten zwischen 1918 und 1933, Essen 2015, 125-140.

40 Stephan Malinowski: Vom König zum Führer. Deutscher Adel und Nationalsozialismus, Taschenbuchausg., Frankfurt a. M. 2004, insbes. 198-258, Hitler-Zitat, ebd., 252; vgl. auch Martin Kohlrausch: Der Kampf als inneres Erlebnis. Hätte Wilhelm II. im November 1918 den Tod an der Front suchen sollen? Die Vorstellung, dass die Tradition ein solches Opfer geboten hätte, ist typisch für die Einbildungen, die das politische Denken der Deutschen im Übergang von der Monarchie zur Republik prägten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. November 2018.

Aber zurück zur Luxemburg-Liebkecht-Ermordung: Durch sie verfestigte sich dauerhaft ein unversöhnlicher Gegensatz innerhalb der politischen Linken. In Berlin eskalierte die Gewalt während der Berliner Märzkämpfe weiter, als der neue Reichswehrminister Gustav Noske den Ausnahmezustand samt Schießbefehl verhängte und Regierungstruppen mit schwerer Artillerie zur Niederwerfung von Aufständen einsetzte. In diesem Klima reiften Bürgerkriegsszenarien und die Ängste vor ihnen heran. Der alte Gegensatz zwischen Monarchisten und Republikanern spielte dabei indes keine Rolle mehr.

Die Gewaltwelle ebte ab dem Sommer 1919 wieder ab und markierte das Ende der Revolution. Für diese Zäsur spricht auch die Verabschiedung der – wenn man so will – äußeren und inneren Grundgesetze der Weimarer Republik zwischen Juni und August 1919: der Versailler Vertrag und die Weimarer Reichsverfassung.<sup>41</sup> Mit Blick auf die Periodisierung des Umbruchs besteht weitgehende Einigkeit darüber, diesen nicht länger als »Novemberrevolution« zeitlich eng zu fassen und ihn stattdessen als »deutsche Revolution 1918/19« zu bezeichnen. In mancher Interpretation wird die politisch-gesellschaftliche Transformationsphase noch weiter gestreckt und zwischen 1916 und 1923 angesiedelt oder sogar auf Zeitschichten zurück bis zur Jahrhundertwende ausgedehnt: Der Übergang zwischen Kaiserreich, Revolution und Weimarer Republik erscheint dann als ein miteinander verbundener Komplex einer krisenhaften Moderne.<sup>42</sup>

41 Vgl. zu diesen beiden zentralen Rahmenordnungen neuerdings: Jörn Leonhard: *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923*, München 2018; Eckart Conze: *Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt*, München 2018; Horst Dreier / Christian Waldhoff (Hg.): *Das Wagnis der Demokratie. Eine Anatomie der Weimarer Reichsverfassung*, München 2018; Christoph Gusy: *100 Jahre Weimarer Verfassung. Eine gute Verfassung in schlechter Zeit*, Tübingen 2018.

42 Für unterschiedliche Periodisierungsangebote siehe etwa: Detlev Peukert: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt a. M. 1987, 13 f.; Klaus Weinbauer / Anthony McElligott / Kirsten Heinsohn (Hg.): *Germany 1916–23. A Revolution in Context*, Bielefeld 2015.

## Schlussbemerkungen zur Kontinuitätsfrage

Mit Periodisierungsfragen sind immer auch verschiedene Deutungsmöglichkeiten<sup>43</sup> verbunden. Wer sich beispielsweise auf die letzten drei Monate des Jahres 1918 konzentriert, wird die Gewaltfreiheit der Revolution und die politischen Grundentscheidungen für eine parlamentarisch-demokratische Ordnung hervorheben, die eine erhebliche formgebende Kraft für die weitere Entwicklung der Weimarer Republik besaßen. Dann passt die Revolution in ein vorrangig demokratiegeschichtliches Narrativ. Wer hingegen die Phase der Gewalt und Radikalisierung ab der Jahreswende 1918/19 ins Zentrum der Betrachtung stellt und eine ausgebliebene oder zumindest ungenügende Militärreform als wesentliches Versäumnis der Revolution herausstellt, wird schon am Beginn der neuen Republik Ansätze für ihre spätere autoritäre Wende oder sogar einen »Inkubationsraum für das Dritte Reich« erkennen, wie es der irische Historiker Mark Jones erst in jüngster Zeit formuliert hat.<sup>44</sup> Diese Sichtweise fügt sich in ein diktaturgeschichtliches Narrativ ein, das auch jene Autoren bevorzugt, die Herausforderungen durch Feinde der Republik an den rechten wie linken Rändern ab der Frühphase der Weimarer Demokratie betonen.

Diese Interpretationen konstruieren unterschiedliche Kontinuitätsannahmen zur Einordnung der Revolution in den weiteren Gang der deutschen Geschichte. Neben der Kritik an einer ganz auf »1933« ausgerichteten Teleologie des Scheiterns ist wiederholt die Frage nach der Kontinuität in die andere Richtung der Zeitachse aufgeworfen worden, also nach der Kontinuität zwischen Kaiserreich und Weimar. Dabei dürfte es mittlerweile Konsens sein, das schon im Kaiserreich erreichte Maß an Modernisierung – in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, aber auch politischer Hinsicht (bei allen Defiziten) – zu betonen.<sup>45</sup>

Dies wird auch als struktureller Grund dafür genannt, dass es 1918/19 nicht zu einer – allerdings häufig beklagten – tief greifenderen Umwälzung gekommen sei. Schon Eduard Bernstein argumentierte in seiner zeitgenössischen Revolutionsinterpretation, die im Jahr 1921 erstmals erschienen ist, folgendermaßen: »Das Stück Demokratie, das in Reich, Staaten und Gemeinden zur Verwirklichung gelangt war,

43 Vgl. Alexander Gallus: Eine mehrfach überschriebene Zäsur. Mit dem 9. November 1918 begann der historisch-politische Deutungskampf über die Revolution. Bis heute will er nicht enden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 12. November 2018; Alexander Gallus: Die umkämpfte Revolution. Die Linken witterten Verrat, die Rechten ein Verbrechen. Lange hat dieser Streit den Blick auf die Leistungen der Revolutionäre von 1918/19 verstellt – und darauf, was ihr Ringen über die Demokratie erzählt, in: ZEIT Geschichte, Nr. 6/2018, 14-20.

44 Jones: Gewalt (wie Anm. 6), 343.

45 Vgl. dazu statt anderer Belege neuerdings: Tim B. Müller / Hedwig Richter: Einführung, Demokratiegeschichten. Deutschland (1800-1933) in transnationaler Perspektive, in: Geschichte und Gesellschaft, 44 (2018), 325-335; Margaret Lavinia Anderson: Ein Demokratiedefizit? Das Deutsche Kaiserreich in vergleichender Perspektive, in: Ebd., 367-398.

hatte sich unter dem Einfluss der in die Gesetzgebungs- und Verwaltungskörper eingedrungenen Arbeitervertreter als ein wirkungsvoller Hebel zur Förderung von Gesetzen und Maßnahmen erwiesen, die auf der Linie des Sozialismus liegen, so dass selbst das kaiserliche Deutschland auf diesen Gebieten mit politisch vorgeschritteneren Ländern sich messen konnte.«<sup>46</sup>

Anders ausgedrückt: Die neu geschaffene demokratische Republik war nicht nur das Resultat eines Traditionsbruchs, sondern entsprang auch und fast zwangsläufig einer nicht unbeträchtlichen Kontinuität. Wie erwähnt, erhärten neuere Forschungen zum Modernitätsgrad von Staat und Gesellschaft des deutschen Kaiserreichs diese Sicht eher, als dass sie sie aufweichen würden. Die parlamentarische Demokratie befand sich demnach – so formulierte es Heinrich August Winkler einmal – »in der Logik der politischen Entwicklung Deutschlands«. In diesem aus den historischen Voraussetzungen zu erklärenden Ausbleiben eines radikaleren Wandels ist für ihn im Übrigen, ganz ohne Anklagehaltung gegenüber diesem oder jenem Akteur der damaligen Zeitläufte, ein Grund dafür zu erkennen, so wörtlich, »dass die deutsche Revolution nicht zu den großen Revolutionen der Weltgeschichte« avancierte – und dies wohl auch nicht konnte.<sup>47</sup>

Der Bruch mit dem Kaiserreich war auch in weiterer Hinsicht nicht so gewaltig, wie es der Staatsformen-Wechsel suggerieren mochte. Das betraf Traditionsüberhänge des Konstitutionalismus aus dem 19. Jahrhundert, die dualistische Struktur der Reichsverfassung mit dem Reichspräsidenten als einer Art republikanischem Monarchen, die hartnäckige Traditionsbewahrung alter Eliten, zumal in Militär, Justiz und Verwaltung, aber auch ein anachronistisches Parlamentarismusverständnis. So taten sich die Parteien der Weimarer Republik schwer damit, die zentrale Konfliktlinie eines parlamentarischen Systems, die zwischen Regierungsmehrheit und oppositioneller Minderheit verläuft, zu verinnerlichen. Vielmehr klammerten sie sich an die alte Trennlinie der konstitutionellen Monarchie – zwischen der Regierung auf der einen Seite und dem Reichstag auf der anderen.

Obgleich sich der Monarchismus als politische Bewegung während der Weimarer Republik uneinheitlich und schwach präsentierte, so blieb das Erbe des Kaiserreichs in seiner ganzen ambivalenten Modernität doch deutlich spürbar. Dies war auch das Resultat der kontinuierlich gebremsten Revolution von 1918/19.

46 Eduard Bernstein: Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik [1921]. Hg. und eingeleitet von Heinrich August Winkler, annotiert von Teresa Löwe, Bonn 1998, 237 f.

47 Heinrich August Winkler: Ein umstrittener Wendepunkt. Die Revolution von 1918 / 19 im Urteil der westdeutschen Geschichtswissenschaft, in: Heinrich August Winkler. (Hg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland. München 2002, 33-42, Zitate: 37 f.